



Kein Kotau!

Außerordentliche Vertreterversammlung der KZBV

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt muß in Sachen GMG-Umsetzung selbst zur Feder greifen, zumindest soweit die Vertragszahnärzte eingebunden sind. Bei der außerordentlichen Vertreterversammlung der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) in Neuss kam die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit für den Erlaß einer Wahlordnung und Satzungsänderung nicht zustande. Bayerische Delegierte sprachen sich gemeinsam mit Niedersachsen gegen die Änderung aus, obwohl der amtierende Vorsitzende Dr. Jürgen Fedderwitz zuvor heftig für eine neue Satzung geworben hatte.

Schon im Vorfeld der Abstimmung zeigte sich ein unüberbrückbarer Graben zwischen „Blockierern“ und „Kollaborateuren“. Dreh- und Angelpunkt war erneut die Frage, inwieweit die Zahnärzte die zunehmenden Eingriffe des Staates nicht nur passiv hinnehmen, sondern sogar aktiv an der Umgestaltung der Selbstverwaltungsorgane mit einer Verkleinerung der Vertreterversammlung von 120 auf 60 Mitglieder und hauptamtlichen Vorständen mitwirken sollten. Nachdem in allen der 17 Länder-KZVen, mit Ausnahme Bayerns, bereits GMG-konforme Satzungen erlassen worden sind, rechnete der KZBV-Vorstand offenbar auf Bundesebene ebenfalls mit geringem Widerstand. Dies, obwohl rund zwei Drittel der Delegierten eingeschriebene Mitglieder des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte (FVDZ) sind, dessen „Bremer Beschlüsse“ ein positives Mitwirken kategorisch verbieten. Nur ein Teil der FVDZ-Delegierten scheint allerdings noch auf dieser Linie zu liegen. Diese jedoch verweigerten nachdrücklich den von Fedderwitz geforderten Kotau.

Harter Schlagabtausch

In mehreren Redebeiträgen versuchten Fedderwitz und seine Anhänger die FVDZ-Front

aufzubrechen, was darin gipfelte, daß Ralf Wagner die potentiellen Verweigerer aufforderte, ihr VV-Mandat mit sofortiger Wirkung niederzulegen, „um so den Zahnärzten einen letzten positiven Dienst zu erweisen.“ Diesen „Wunsch“ erfüllte der FVDZ-Vorsitzende Dr. Wilfried Beckmann mit seinen Getreuen dem Vorsitzenden der KZV-Nordrhein nicht. In mehreren geheimen Abstimmungen entschied sich eine stabile Minderheit von jeweils über 40 Stimmen gegen ein „Durchwinken“ der neuen Satzung. Ein Vermittlungsvorschlag von Dr. Karl Horst Schirbort, Vorsitzender der KZV Niedersachsen, die Wahlordnung getrennt abzusegnen und die Gestaltung der Satzung der neuen Vertreterversammlung zu überlassen, fand trotz massiver Unterstützung aus Bayern aber ebenfalls keine Mehrheit. Verbitterung löste bei dem bayerischen KZV-Vorsitzenden Dr. Rolf-Jürgen Löffler das „verständliche Streben der Bewerber für die hauptamtlichen KZV-Posten um ein ordentliches Gehalt“ aus. Er fordert dasselbe Engagement beim Bemühen um eine angemessene Entlohnung, der dann hoffentlich ebenfalls angebotenen Kassenzahnärzte. Christian Berger, Vizepräsident der BLZK, kündigte seinerseits unter anerkennendem Applaus der Versammlung seine Bereitschaft an, dem Beispiel seines Präsidenten Michael Schwarz zu folgen und seine Kassenzulassung zurückzugeben.



Der FVDZ-Vorsitzende Dr. Wilfried Beckmann ließ sich mit seiner Gefolgschaft nicht vor die Tür setzen.



BLZK-Vizepräsident Christian Berger will aus der vertragszahnärztlichen Versorgung aussteigen.

Hans Glatz

Fotos: Glatz